



05.13

Editorial

Gesellschaft

Steigende Armut in deutschen Metropolen

PHINEO-Report: Wirkungsvolle Ansätze beim Engagement gegen Kinderarmut

Demographie

Altern im 21. Jahrhundert

AAL: Wachstumsmarkt mit Scheuklappen

Altersarmut macht auch die Regionen arm

Arbeitsmarkt

Drohender Arbeitskräftemangel kann vermieden werden

Altersgerechte Arbeitsgestaltung

Europa

Arbeitsteilung in Deutschland und Europa

Europäische Fonds für soziales Unternehmertum

Kommunikation

Was macht Facebook für Jugendliche so spannend?

Materialien

Henning Scherf: Altersreise – Wie wir alt sein wollen

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der demographischen Entwicklung und ihren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt beschäftigen sich verschiedene Beiträge dieser Ausgabe. Eine besondere Herausforderung für Arbeitgeber wird in Zukunft die frühzeitige Nachfolgeplanung insbesondere für Führungspositionen sein. Dabei sollte das altersbedingte Ausscheiden ebenso in den Blick genommen werden wie die Nachfolgeplanung für Führungskräfte im Rahmen von Fluktuation oder im Fall eines kurzfristigen Ausfalls, z. B. krankheitsbedingt. Gerade im letztgenannten Fall wird derjenige klar im Vorteil sein, der Personalentwicklungs- und Personalbeschaffungsstrukturen aufgebaut hat, die Handlungsspielräume erlauben.

In der Sozial- und Gesundheitswirtschaft ist eine systematische Nachfolgeplanung noch nicht weit verbreitet. Nur rund ein Drittel der Unternehmen setzt diese bisher ein. Weitere 15 Prozent planen eine Einführung. Gleichzeitig sehen 70 Prozent eine gut organisierte Nachfolgeplanung als wichtigen Beitrag zur Personalbindung. Das sind drei der zentralen Ergebnisse der ersten bundesweiten Umfrage zum Thema „Nachfolgeplanung auf Leitungsebene der Gesundheits- und Sozialwirtschaft“, die die Bank für Sozialwirtschaft AG gemeinsam mit der contec GmbH Ende 2012 durchgeführt hat und deren Ergebnisse jetzt vorliegen. Insbesondere kleine Unternehmen mit bis zu 50 Mitarbeiter/innen und einem Jahresumsatz von weniger als 10 Mio. Euro haben oft keine grundsätzliche Nachfolgeregelung implementiert. Größere Unternehmen verzeichnen zumindest einen Anteil von 40 Prozent. Wo Regelungen existieren, umfassen sie vor allem die Ebenen von Vorstand, Geschäftsleitung und Einrichtungsleitung, weniger Regional-, Bereichs- oder Verwaltungsleiter.

Bemerkenswert ist, dass die Wahrscheinlichkeit, dass eine Nachfolgeplanung existiert, sich weniger nach der Unternehmensgröße richtet als vielmehr nach der Anzahl der Leistungsfelder (Kinder- und Jugendhilfe, Behindertenhilfe, Altenhilfe, Gesundheitsversorgung): Je mehr Leistungsfelder ein Unternehmen/Träger abdeckt, desto wahrscheinlicher ist es, dass dieses Unternehmen auch seine Nachfolgeplanung systematisch organisiert hat.

Konkret beinhaltet die bestehende Nachfolgeplanung meist die Identifizierung geeigneter Nachfolger, die Umsetzung gezielter Personalentwicklungs- und -beschaffungsmaßnahmen, die Identifizierung zukünftig vakanter Schlüsselpositionen und die Ermittlung von Anforderungsprofilen für Führungspositionen. Geeignete Nachfolger werden in 85 Prozent der Unternehmen intern und extern rekrutiert.

Als Instrumente der internen Rekrutierung setzen die Sozialunternehmen in erster Linie Mitarbeitergespräche, Maßnahmen der Talent- und Potentialidentifizierung, Qualifizierungsprogramme für den Führungsnachwuchs sowie Förder- und Beratungsgespräche ein. Mittel wie Job-Rotation oder Assessment-Center werden wenig angewandt und auch als wenig geeignet eingeschätzt. Zur externen Rekrutierung nutzen die meisten regionale und überregionale Stellenausschreibungen (Print und Online) und einen vorhandenen Bewerberpool; am wenigsten wird der Führungskräfte-Nachwuchs auf Karriere-Messen gesucht.

Die Umfrage hat gezeigt, dass für viele Unternehmen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft hier noch Handlungsbedarf besteht. Mit Blick auf die demographische Entwicklung hat das Thema „Beschäftigung nachhaltig gestalten“ eine ähnliche Brisanz wie das Thema „Beschäftigung innovativ gestalten“. Letzteres ist übrigens das Thema des 8. Kongresses der Sozialwirtschaft, der am 13. und 14. Juni 2013 in Magdeburg stattfindet. Das Programm und weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Wir wünschen Ihnen eine interessante Zeit.

Ihre Redaktion

Die Studie „Nachfolgeplanung auf Leitungsebene der Gesundheits- und Sozialwirtschaft“ kann [hier](#) kostenlos angefordert werden.

Gesellschaft

Steigende Armut in deutschen Metropolen

Armut ist in den größten deutschen Städten deutlich weiter verbreitet als im Bundesdurchschnitt. In Leipzig, Dortmund, Duisburg, Hannover, Bremen und Berlin lebt zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Deutlich besser stehen die meisten süddeutschen Metropolen und Hamburg da, allerdings ist auch dort die Armutsquote zuletzt gestiegen. Das ergibt eine neue Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Die Wissenschaftler haben Daten für die 15 größten deutschen Städte ausgewertet, in denen knapp 14 Millionen Menschen leben.

Trotz der soliden wirtschaftlichen Entwicklung ist die Armutsquote in Deutschland wieder angewachsen. 2011 hatten nach den neuesten Daten des Statistischen Bundesamtes aus dem Mikrozensus 15,1 Prozent der Menschen in der Bundesrepublik weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten mittleren Einkommens zur Verfügung. Dieser Wert entspricht einem Monatseinkommen von 848 Euro bei einem Alleinstehenden und markiert nach gängiger wissenschaftlicher Definition die Armutsschwelle. Im Jahr 2010 lag die Armutsquote bei 14,5 Prozent.

Auswertung erfasst auch verdeckte Armut

Weitaus größer ist die Armutsgefährdung in Deutschlands Metropolen, zeigt die WSI-Studie. Eric Seils, Sozialexperte im WSI, und sein Co-Autor Daniel Meyer haben für die 15 größten deutschen Städte die Armuts-Daten auf Basis des Mikrozensus ausgewertet und mit den Bezugsquoten von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) abgeglichen. Auf diese Weise lassen sich einerseits auch Menschen in verdeckter Armut erfassen, die aus Scham oder Unwissenheit auf Sozialtransfers verzichten. Zum anderen lässt sich zumindest grob abschätzen, wie tief die Armut der Betroffenen ist. Zwar ist das Einkommen von Menschen, die Hartz IV oder andere Formen der Grundsicherung nach dem SGB II beziehen, statistisch nicht ganz klar abzugrenzen. Es dürfte aber bei Alleinstehenden zumeist unter der Armutsschwelle liegen. Daher werten Seils und Meyer den Bezug von Sozialunterstützung als ein mögliches Indiz für "tiefere" Armut.

Kernergebnis der Studie: Auch in den meisten Großstädten sinkt zwar der Anteil der Menschen, die wegen Langzeitarbeitslosigkeit, als Aufstocker mit niedrigem Arbeitseinkommen oder aus anderen Gründen Leistungen nach dem SGB II erhalten. Doch gleichzeitig ist die Armutsquote in den Metropolen besonders spürbar nach oben gegangen: im Durchschnitt von 17,5 auf 19,6 Prozent zwischen 2005 und 2011. Damit ist die Armut in den 15 größten Städten deutlich höher als im Rest der Republik. In sechs Städten lebt sogar zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Nur vier der Metropolen liegen am oder unter dem bundesweiten Durchschnitt.

Zusammenhang zwischen Beschäftigungslosigkeit und Armut gelockert?

Die sinkenden SGB-II-Quoten deuten jedoch darauf hin, dass die zusätzliche Armut nicht so tief ist", so Seils. „Wer will, kann das als gute Nachricht in der schlechten verstehen. Aber zumindest einige unserer größten Städte befinden sich auf einem abschüssigen Pfad.“ Besonders irritiert den Wissenschaftler, dass die Armut stieg, obwohl die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist.

"Möglicherweise hat sich der Zusammenhang zwischen Beschäftigungslosigkeit und Armut in letzter Zeit etwas gelockert", sagt Seils. Das könnte mit einer höheren Einkommensungleichheit und dem gewachsenen Niedriglohnsektor zusammenhängen. Denkbar sei, dass bei einer wachsenden Gruppe von Beschäftigten das Einkommen knapp über der Hartz-IV-Grenze liegt.

Gleichwohl finden sich die höchsten Armutsquoten nach wie vor in Orten mit hoher Arbeitslosigkeit. Das macht ein zweiter Blick auf die Städtedaten deutlich: Besonders hoch ist der Anteil armer Einwohner in den ostdeutschen Metropolen, im Ruhrgebiet und in den norddeutschen Städten Bremen und Hannover. Deutlich besser sieht es in den süddeutschen Großstädten aus, aber auch in Hamburg. In ihre Einzelauswertungen haben die Forscher auch die Trends seit 2005 einbezogen:

Höchste Armutsquoten in Städten in Ostdeutschland und im Ruhrgebiet

Die ostdeutschen Metropolen Leipzig und Dresden haben auch im Großstädte-Vergleich überdurchschnittliche Armutsquoten, die allerdings niedriger sind als noch vor einigen Jahren. Das gilt insbesondere für Leipzig. In der Messestadt waren 2011 rund 25 Prozent der Bewohner arm – mehr als in jeder anderen deutschen Metropole. 2009 lag der Wert noch gut zwei Prozentpunkte höher. In Berlin leben rund 21 Prozent der Menschen unter der Armutsgrenze, und ihr Anteil ist seit 2006 gestiegen. Besonders problematisch ist die hohe Sozialgeld-Quote unter Kindern: Gut jedes dritte ist auf Sozialtransfers angewiesen.

Die Entwicklung im Ruhrgebiet, insbesondere in Dortmund und Duisburg, werten Seils und Meyer als "dramatisch". Die beiden Ruhrgebietsstädte nähern sich mit Armutsquoten von gut 24 und 23,5 Prozent dem Niveau von Leipzig. Von 2005 bis 2011 stieg die Armutsquote jeweils um etwa ein Drittel. Dabei beobachten die Forscher insbesondere in Duisburg weniger eine soziale Polarisierung, bei der Ärmere von der Einkommensentwicklung abgehängt werden. Vielmehr verarme die "Stadt als Ganzes". Die dritte Reviermetropole Essen steht bei der Armutsquote zwar etwas besser da. Allerdings ist hier gegen den allgemeinen Trend auch der SGB-II-Bezug gestiegen. Und: Rund 30 Prozent der Kinder unter 15 brauchen öffentliche Unterstützung.

Im Rheinland liegt Köln mit einer gemessenen Armut von 20 Prozent etwas über dem Metropolen-Durchschnitt. Die Armutsquote ist von 2010 auf 2011 gestiegen, die SGB-II-Quote ging in den vergangenen Jahren leicht zurück. Düsseldorf, das bei beiden Armutsindikatoren im längerfristigen Vergleich deutlich niedrigere Werte als die Domstadt aufwies, hat zuletzt fast gleichgezogen. Die SGB-II-Quote sank in der NRW-Landeshauptstadt seit 2007 kaum. In beiden Städten waren 2011 von den Kindern unter drei Jahren 21,6 Prozent auf Unterstützung angewiesen. Allerdings raten die Wissenschaftler dazu, den zuletzt deutlichen Anstieg der Armutsgefährdungsquote in Düsseldorf nicht überzubewerten: Da der Trend in den vergangenen Jahren uneinheitlich ausfiel, könnte die statistische Aussagefähigkeit der Mikrozensus-Daten hier an Grenzen stoßen.

In den Metropolen Norddeutschlands machen Seils und Meyer unterschiedliche Entwicklungen aus. In Hamburg ist die SGB-II-Quote in den vergangenen Jahren kräftig gesunken. Die Armutsquote schwankt zwar, sie liegt aber geringfügig unter dem Bundesmittel. Deutlich höher ist der Anteil armer Einwohner in Bremen und Hannover. Hier stieg die Armutsquote zuletzt an, während der Bezug von Sozialunterstützung leicht abnahm. In Bremen sind jedoch nach wie vor mehr als 28 Prozent der Kinder und Jugendlichen auf solche Hilfe angewiesen.

Geringste Armutsprobleme in süddeutschen Städten

Süddeutsche Großstädte haben meist deutlich geringere Armutsprobleme als die Metropolen in anderen Landesteilen. In München ist die Armutsquote zwar zuletzt ebenfalls leicht gestiegen; sie liegt aber mit rund 12 Prozent noch klar unter dem Bundesdurchschnitt. Die SGB-II-Quote beträgt knapp 7 Prozent und steigt auch unter Kindern nicht über 12 Prozent. Stuttgart befindet sich mit einer Armutsquote von 15,1 Prozent genau im Bundesmittel. Allerdings stieg der Wert seit 2005 um 2,1 Prozentpunkte, so die Forscher. Offenbar hätten sich die Einkommensunterschiede in der Bevölkerung deutlich vergrößert. Dank des insgesamt hohen Wohlstandsniveaus ist aber die SGB-II-Quote mit acht Prozent niedrig.

In Frankfurt waren 2011 knapp 16 Prozent der Menschen arm. Dieser Anteil liegt, ebenso wie die SGB-II-Quote, nur etwas über dem allgemeinen Bundesdurchschnitt. Allerdings waren in der Bankenstadt etwa 22 Prozent der Kinder auf Sozialtransfers angewiesen. Die höchste Armutsquote unter den Süd-Großstädten weist Nürnberg auf: Knapp 20 Prozent der Bevölkerung gelten als arm. Die SGB-II-Quote ist mit 11,7 Prozent dagegen nach Analyse der Forscher "erstaunlich niedrig."

Der WSI-Report 8/2012 „Die Armut steigt und konzentriert sich in den Metropolen“ von Eric Seils und Daniel Meyer steht [hier](#) zum Download zur Verfügung.

PHINEO-Report: Wirkungsvolle Ansätze beim Engagement gegen Kinderarmut

Millionen Kinder in Deutschland leiden unter den Folgen relativer Armut. Diese Kinder sind „nicht nur arm an Geld, sondern arm an Kindheit“. Sie erleben Ausgrenzung und haben oft schlechtere Zukunftschancen. Auch diese Kinder haben ein Recht auf kindgerechte Entwicklung. Wenn die Familie und der Staat ihnen das nicht sichern können, muss die gesamte Gesellschaft Verantwortung übernehmen. Über diese gesellschaftliche Herausforderung informiert ein Themenreport der PHINEO gAG, Berlin (<http://www.phineo.org/>). Der Bericht stellt auch dar, welche Ansätze gemeinnütziger Organisationen wirkungsvoll gegen die Folgen von Kinderarmut helfen und präsentiert in einer „Landkarte empfohlener Projekte“ 23 vorbildliche Projekte zu deren inhaltlichen Schwerpunkten. Ziel des Themenreports ist es unter anderem, „sozialen Investoren“ geeignete Möglichkeiten für ihr Engagement aufzuzeigen.

Ein unsichtbares Problem

In Deutschland leben 2,4 Millionen Kinder und Jugendliche unterhalb der Armutsgrenze. Knapp fünf Prozent der Kinder müssen auf eine tägliche warme Mahlzeit verzichten, 6,7 Prozent auf regelmäßige Aktivitäten in der Freizeit. Von den Kindern in „Hartz-IV-Haushalten“ verfügen 21 Prozent nicht über einen PC mit Internetanschluss. Aber diese Armut sei „weitgehend unsichtbar“, sie werde „still und unscheinbar“ erlitten. Viele der Betroffenen hätten gelernt, „ihre Armut zu verstecken“. Nur die wenigsten wüssten, was es für junge Menschen bedeute, „wenn die Familie jeden Cent zweimal umdrehen muss. (...) Arm und Reich leben jeweils in ihrer eigenen Welt; Schnittstellen und Berührungspunkte gibt es im Alltag kaum“.

Wenn Mütter und Väter selbst in ärmlichen Verhältnissen aufgewachsen sind, wüssten sie oft nicht mehr, „wie sie ihren Kindern positive Zukunftschancen eröffnen können“. Viele von ihnen hätten keine abgeschlossene Ausbildung, hangeln sich von Aushilfsjob zu Aushilfsjob oder haben nie den Sprung aus der Arbeitslosigkeit heraus geschafft. Hoffnungs- und Antriebslosigkeit würden sich schnell auf die gesamte Familie übertragen. Setze sich Armut über mehrere Generationen fort, schwänden die Chancen für die Kinder und Jugendlichen, „sich aus dem Armutsstrudel zu befreien“. Besonders wichtig seien für diese Kinder „liebvolle Bezugspersonen, Raum für Kreativität, intensive Förderung und Anregung, Mutmacher und Vorbilder. Kinder brauchen jemanden, der an sie glaubt und der ihnen hilft, über sich hinauszuwachsen.“

Wirkungsvolle Handlungsansätze

An der „Schnittstelle zwischen Familie und Staat“ entwickeln gemeinnützige Akteure wertvolle Angebote für Kinder und Jugendliche, die ihnen dabei helfen, sich selbständig aus der Armutsspirale zu befreien und ihre Zukunftsperspektiven „auf positive Bahnen zu lenken“. Diese zu entdecken, hat sich PHINEO als Ziel gesetzt.

In vielen einkommensschwachen Familien sind Geldsorgen Ursachen für tiefgreifende Defizite in der Entwicklung der Kinder. Für Jungen und Mädchen, die in einem anregungsarmen Umfeld aufwachsen, sei es besonders schwierig, Selbstbewusstsein zu entwickeln. Wichtig seien deshalb **Angebote zur Förderung der Persönlichkeitsentwicklung**, die auf den Wissensdurst und Entdeckergeist der Kinder setzen und ihnen Anlässe bieten, „um sich selbst und die Welt zu entdecken und zu reflektieren“. Diese Projekte stellten vor allem „Stärken und Kompetenzen der Kids sowie die soziale Teilhabe“ in den Vordergrund.

Die Geburt eines Kindes, die das Leben jeder Familie „auf den Kopf stellt“, belaste die innerfamiliäre Situation „um ein Vielfaches“, wenn die Eltern unter Armut, Arbeitslosigkeit und fehlender Entlastung leiden. **Projekte zur Unterstützung von Familien** könnten Mütter und Väter frühzeitig fit machen für die Erziehung, eventuell schon während der Schwangerschaft. Über eine individuelle Einzelbetreuung z. B. zu Fragen der Kinderpflege oder auch des gemeinsamen Spielens hinaus ist das Ziel einiger Projekte, die Mütter und Väter dazu zu befähigen, „Gemeinschaft und Unterstützung im Sinne einer Nachbarschaftshilfe aufzubauen“. Projekte in diesem Bereich müssen einen besonders niedrigschwelligen Zugang bieten, „denn die Familien bitten von sich aus nicht um Hilfe“. Viele von ihnen entwickelten „kein Problembewusstsein, weil sie unter ähnlichen Umständen aufgewachsen sind und Erziehung gar nicht anders kennen“. Diese Mütter und Väter fürchteten zudem, „pauschal als schlechte Eltern abgestempelt zu werden, und haben Angst, dass ihnen ihr Kind weggenommen wird“. Gerade deshalb sei die Arbeit mit diesen Familien „eine Aufgabe für Profis“.

Kinder brauchen Freiräume, damit sie ihre Stärken und Talente entdecken und ausbauen können. Sie brauchen aber auch eine verlässliche Bezugsperson, die an sie glaubt. **Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit** können den Kindern Zugang zu Dingen und Aktivitäten bieten, die für Gleichaltrige selbstverständlich seien: „Freizeit, Hausaufgabenhilfe, Freunde, Sport, Natur, Kreativwerkstätten – und vor allem feste Bezugspersonen, die ansprechen, helfen und zuhören“. Die Projekte böten den Kindern unabhängig von ihren Eltern und den häuslichen Sorgen „einen festen Ort für Kindheit“ zu festen Zeiten. Hier könnten Kinder mitgestalten und mitdiskutieren, „welche Regeln sie für ihre Gruppe aufstellen möchten“. Offenheit ist das oberste Prinzip dieser

Projekte; Mitgliedschaft oder Vorbedingungen, Anwesenheitspflicht oder Verträge gibt es hier nicht.

Kinder, die in einkommensarmen und bildungsfernen Familien aufwachsen, haben oft Defizite beim Sprechen und Lesen. Es fällt ihnen schwer, Inhalte zu verstehen, Informationen einzuordnen und sich dazu eine Meinung zu bilden. Viele Mütter und Väter versäumen es, die Sprachentwicklung der Kinder frühzeitig zu unterstützen, weil sie nicht vorlesen, nicht erzählen und nur selten zuhören. In Familien mit Migrationshintergrund stellt die Zweisprachigkeit oft eine zusätzliche Herausforderung dar. **Projekte der Sprach- und Leseförderung** ermuntern aber die Kinder zum Sprechen und Lesen. Unterstützt von „Lesepaten“ erhalten die jungen Menschen z. B. „eine Eins-zu-eins-Betreuung bei gemeinsamem Lesen, Vorlesen und Diskutieren“. Andere Angebote setzen auf Teamwork. Dort merken die Kinder gemeinsam mit Gleichaltrigen, „dass Sprache und Lernen Spaß machen“. Ihre Fantasie wird geweckt, ihr Abstraktions- und Urteilsvermögen aufgebaut.

Zehn Kriterien für das Gelingen von Projekten

Wer leistungsstarke Organisationen und vorbildliche Projekte unterstützen möchte, sollte immer die Frage nach der Wirksamkeit stellen (...): Welches Projekt leistet gute Arbeit? Wo erreicht mein Geld die größte Wirkung?“ Das raten die PHINEO-Experten aktiven und potenziellen „sozialen Investoren“. Ein Projekt, „das wirkungsorientiert arbeitet“, sei an folgenden zehn Merkmalen zu erkennen:

- **„Das Projekt ist auf Bedarf ausgerichtet.“** Ortskenntnis und Fachwissen über die kindliche Entwicklung seien hierbei essenziell. Auch die Standortwahl spiele eine entscheidende Rolle: Kostenlose Angebote Beispiel fänden „überall Anklang, denn Geschenke mag jeder“. Die wichtigste Frage sei jedoch, „ob man in diesem Stadtteil auch diejenigen erreicht, die dringend Hilfe benötigen“.
- **„Das Projekt ist altersgerecht und präventiv.“** Gerade in der Kindheit entwickeln sich junge Menschen sehr schnell und brauchen für jedes Alter die passende Unterstützung. Dafür benötigt die Organisation aber auch das notwendige Wissen über die Lebensphasen eines Kindes. Wichtig sei, „die jeweiligen Maßnahmen so früh wie möglich anzusetzen, bevor ein zu großer Schaden für den jungen Menschen entsteht oder gar eine Intervention durch das Jugendamt notwendig wird“. Ziel müsse es sein, „gemeinsam mit weiteren Akteuren vor Ort ineinandergreifende Maßnahmen und damit eine nachhaltig angelegte Präventionskette zu entwickeln“.
- **„Das Projekt berücksichtigt individuelle Lebenslagen.“** Die Arbeit mit Kindern müsse so flexibel sein, „dass sie die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen berücksichtigen kann“. Wichtig sei, dass sich die Mitarbeiter die Zeit nehmen können, hinzusehen und nachzufragen. Dabei sei Fingerspitzengefühl gefragt. „Kombinationsangebote“ eigneten sich „hervorragend, um den verschiedenen Armutsdimensionen gerecht werden zu können, denn ein hungriges Kind zum Beispiel mag nicht gern lesen“.

- **„Das Projekt bietet leichten Zugang.“** Viele Eltern schämen sich für ihre Armut, und die Kinder sind oft „Meister im Verstecken“ ihrer familiären Probleme. Die Familien leben häufig „sehr isoliert“. Sie für ein Projekt zu gewinnen, stellt eine große Herausforderung dar, „denn von sich aus bitten sie so gut wie nie um Hilfe“. Durch eine Zusammenarbeit mit den Schulen, mit Geburtskliniken oder Hebammen könnten die Projekte leichter zu Familien Kontakt aufnehmen. „Darüber hinaus müssen die Angebote eine gewisse Attraktivität mitbringen“ (etwa kostenloses Mittagessen, Babymassage oder ein Fußballtraining). So könnten sie Begeisterung wecken und die anfängliche Scheu nehmen. Der Projektort müsse für die Teilnehmer gut erreichbar sein – „eine besonders große Herausforderung für Maßnahmen im ländlichen Raum, wo die Wege von Natur aus weiter sind“.
- **„Das Projekt begleitet kompetent.“** Die Arbeit mit Kindern und Problemfamilien erfordert „ein hohes Maß an Fachkompetenz und Konstanz“. Besonders wirksam sind „multiprofessionelle Teams mit Mitarbeitern aus unterschiedlichen Bereichen“ (z. B. Pädagogen, Therapeuten und Psychologen). So könnten die Organisationen „den komplexen Problemlagen der Familien am besten gerecht werden“. Aber auch ehrenamtliches Engagement ist wichtig. „Ohne freiwillig Engagierte im Bereich Betreuung (...) könnten viele Angebote gar nicht durchgeführt werden. Außerdem ist Ehrenamt beim Engagement für Kinder in Armut vor allem bei Projekten der Sprach- und Leseförderung hilfreich, die als Patenschaften angelegt sind“.
- **„Das Projekt ermöglicht Partizipation.“** Die Eltern und Kinder sollten die Möglichkeit bekommen, das Projekt selbst aktiv mitzugestalten. So erleben sie, „dass sie ihr Leben selbst gestalten können. Sie bauen Selbstbewusstsein auf, indem sie Selbstwirksamkeit erfahren“. Die Kinder lernen, „sich eine Meinung zu bilden, zu wissen, was sie wollen und was nicht. Sie lernen zu argumentieren und sich durchzusetzen, aber auch, eine andere Meinung zu akzeptieren“. Im Elterntreff sollten Mütter und Väter „befähigt werden, selbständig Treffen zu organisieren und eine moderne Nachbarschaftshilfe aufzubauen“.
- **„Das Projekt bindet Eltern ein.“** Auch wenn die Mütter und Väter nicht im Zentrum der Projektarbeit stehen, müssen sie „immer einbezogen werden. Sie sind die wichtigsten Personen im Leben der Kinder“. Ihre Unterstützung ist daher essenziell. Über Elterncafés, Elternabende oder Einladungen zur Präsentation der Theater-AG oder des Fotokurses könne die Eltern-Kind-Bindung gefestigt werden. „In manchen Fällen nehmen die Kinder die Wirkung der Projektarbeit mit nach Hause und fungieren als Türöffner dafür, dass sich die Eltern ebenfalls Unterstützung holen.“
- **„Das Projekt befähigt.“** Kinder und ihre Familien brauchen „jemanden, der sie begleitet, anleitet und befähigt“. Die Projekte müssen Betroffene zu Beteiligten machen. Sie müssen ihnen „Hilfe zur Selbsthilfe geben“ und sie dabei unterstützen, „die Schutzfaktoren und Resilienzen bei den Kindern zu fördern“. Ziel müsse sein, „die Eltern und Kinder fit zu machen, das Leben selbständig bewältigen und meistern zu können“. Dabei seien Geduld, Sorgfalt und Einfühlungsvermögen gefragt – „also neben Fachexpertise auch Zeit und Nerven“. Nach Abschluss des Projekts sollten die Familien „handlungsfähig und nicht erneut überfordert“ sein.

- **„Das Projekt ist lokal verankert und vernetzt.“** Ein einzelnes Projekt reicht nicht aus, um Kindern aus einkommensarmen Familien nachhaltig zu helfen. Vernetzung und Zusammenarbeit sind wichtig – „mit dem Jugendamt und Jugendhilfeausschuss ebenso wie mit Schulen, Kinderärzten, Hebammen und anderen gemeinnützigen Organisationen vor Ort“. Nur so kann eine Organisation Angebotslücken identifizieren. Und nur so kann „eine lückenlose Angebotskette“ entstehen, „die den Kindern zu jedem Zeitpunkt der Entwicklung das passende Unterstützungsprojekt bietet. Kinder in Armut müssen längerfristig begleitet werden, statt nur punktuell Hilfe zu erfahren.“
- **„Die Organisation betreibt Monitoring und Qualitätssicherung.“** Wirkungsanalysen für Projekte, die Kindern aus einkommensarmen Familien eine bessere Zukunft ermöglichen möchten, sind sehr schwierig. Wirkungen zeigen sich oft erst auf lange Sicht. Auch lassen sich die Ergebnisse „in den seltensten Fällen eins zu eins auf das Projekt zurückführen“. Möglich sei aber ein Basis-Monitoring der Projektaktivitäten: „Werden die Zielgruppen tatsächlich erreicht? Nehmen sie das Angebot an und sind sie damit zufrieden?“ Verhaltens- und Einstellungsänderungen ließen sich „zumindest bei einzelnen Fällen beobachten und sollten festgehalten und besprochen werden“. Ein wichtiger Punkt sei die Qualitätssicherung, denn „nur wenn die Organisation die Weiterentwicklung des Projekts im Sinne der Kinder im Blick hat, kann sich Wirksamkeit entfalten“.

Fazit der Verantwortlichen

„Bei unseren Analysen haben wir Organisationen kennen gelernt, bei denen auch wir als Erwachsene gespürt haben: Hier können Kinder Kind sein und Hilfe finden. Wir haben Menschen getroffen, die sich mit der traurigen Realität nicht abfinden und sich hauptberuflich oder ehrenamtlich mit Sachverstand und viel Einfühlungsvermögen der Herausforderung stellen, Kindern eine Perspektive zu geben. (...)

In Deutschland brauchen wir eine Gesellschaft, die es nicht hinnimmt, dass Kinder in einem reichen Land ihre Begabungen und Fähigkeiten nicht entfalten können. Der Kampf gegen die Armut von Kindern ist ein Lackmustest für unsere Gesellschaft.“ Das stellen Bettina Kurz und Dr. Andreas Schmidt (PHINEO gAG) in diesem Themenreport fest.

Der neunte PHINEO-Themenreport „Kinder in Armut – Armut an Kindheit. Report über wirkungsvolles zivilgesellschaftliches Engagement“ (21 S., Berlin: 2012) findet sich [hier](#) zum Download.

Demographie

Altern im 21. Jahrhundert

Das Altern der Bevölkerung gilt als einer der prägendsten Trends des 21. Jahrhunderts. Die Zahl der alten Menschen wächst weltweit schneller als jede andere Altersgruppe. Weltweit vollendeten in jeder Sekunde zwei Menschen ihr 60. Lebensjahr, jährlich 58 Millionen Menschen. Schon in 10 Jahren wird die Zahl der Menschen im Alter über 60 Jahre eine Milliarde überschreiten. Diese Entwicklung, die „viele Regierungen rund um den Globus vor vollständig neue Herausforderungen“ stellt, muss weltweit als „unumkehrbarer Trend“ akzeptiert werden. Der Bericht „Ageing in the Twenty-first Century: A Celebration and a Challenge“ („Altern im 21. Jahrhundert: Erfolg und Herausforderung“), der vom United Nations Population Fund UNFPA, New York (<http://www.unfpa.org/>), und von dem Netzwerk HelpAge International, London (<http://www.helpage.org/>), unlängst vorgelegt worden ist, beschreibt ausführlich die Herausforderungen und Chancen dieser Entwicklung.

2050: Weltweit mehr Menschen über 60 als Kinder unter 15

Alterungsprozesse sind in allen Weltregionen und Ländern in unterschiedlichen Entwicklungsgraden zu beobachten. Am schnellsten vollziehen sie sich in Entwicklungsländern, „auch in denjenigen, die eine sehr junge Bevölkerung besitzen“. Von den gegenwärtig 15 Ländern mit mehr als 10 Millionen älteren Menschen sind sieben Entwicklungsländer. Gegenwärtig ist Japan noch das einzige Land, in dem über 30 Prozent der Bevölkerung 60 Jahre oder älter sind, aber im Jahr 2050 wird das schon auf 64 Länder zutreffen. 2050 wird es erstmals in der Geschichte mehr Menschen über 60 als Kinder unter 15 Jahren geben. Die Zahl der Hundertjährigen wird weltweit von derzeit 316.600 auf 3,2 Millionen im Jahr 2050 ansteigen.

Die Alterung der Bevölkerung ist als „einer der größten Erfolge der Menschheit“ zu bewerten. Viele Menschen leben länger aufgrund einer verbesserten Ernährung, besseren sanitären Verhältnissen, medizinischen Fortschritten und besserer Gesundheitsversorgung, aufgrund effektiverer Erziehung und wirtschaftlichen Fortschritten. Heute liegt die Lebenserwartung bei der Geburt in 33 Ländern bei über 80 Jahren. Vor fünf Jahren hatten nur 19 Länder dieses Niveau erreicht.

„Die sozialen und wirtschaftlichen Folgen dieses Phänomens sind tiefgreifend“, so der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki Moon. Sie reichen „in beispielloser Weise weit über das Individuum und die Familie hinaus bis in die Gesamtgesellschaft und die Weltgemeinschaft“. Hervorgehoben werden insbesondere „die unglaubliche Produktivität und die Beiträge der über 60-Jährigen als Pflegenden und Erziehenden, Wähler, Freiwillige und Unternehmer“. Gegenwärtige und zukünftige Generationen könnten den Nutzen dieser „Langlebigkeits-Dividende“ ernten, wenn sie sich den Herausforderungen stellen und die richtigen Maßnahmen ergreifen, um „die Potenziale einer alternden Bevölkerung zu maximieren“.

Veränderungen in den Bevölkerungsstrukturen

Die Lebenserwartung hat sich weltweit wesentlich erhöht. Für den Zeitraum 2010 bis 2015 wird sie für die entwickelten Länder mit 78 und für die Entwicklungsregionen mit 68 Jahren angegeben. Im Zeitraum 2045 bis 2050 können Neugeborene mit einer Lebenserwartung von 83 bzw. 74 Jahren rechnen. Im Jahr 1950 hat es weltweit 205 Millionen Menschen im Alter von 60 und

mehr Jahren gegeben. Bis zum Jahr 2012 ist diese Zahl auf annähernd 810 Millionen gestiegen. In den kommenden zehn Jahren wird sie sich auf eine Milliarde erhöhen und sich bis 2050 auf zwei Milliarden verdoppeln.

Allerdings gebe es zwischen den Regionen deutliche Unterschiede: Sechs Prozent der Bevölkerung Afrikas sei bis 2012 älter als 60 Jahre gewesen, in Lateinamerika und der Karibik zehn Prozent, in Asien 11 Prozent, in Ozeanien 15 Prozent, in Nordamerika 19 Prozent und in Europa 22 Prozent. Für 2050 würden für Afrika zehn Prozent, für Asien und Ozeanien 24 Prozent, für Lateinamerika und die Karibik 25 Prozent, für Nordamerika 27 und für Europa 34 Prozent prognostiziert.

Weltweit ist die Mehrheit älterer Menschen Frauen. Auf 100 ältere Frauen kommen nur 84 Männer. Bei den über 80-Jährigen sind sogar nur noch 61 Männer. Die Männer und die Frauen erleben das Alter unterschiedlich. Frauen sind „besonders verletzlich gegenüber Diskriminierungen wie einem schlechten Zugang zu Arbeitsplätzen und Gesundheitsversorgung, sowie gegenüber Missbrauch, der Verweigerung des Rechtes, Eigentum zu besitzen und zu erben, einem Mangel an Einkommen und sozialer Sicherheit“. Aber auch ältere Männer können, „besonders nach ihrer Pensionierung, wegen eines dann schwächeren Netzes sozialer Unterstützung Opfer von Missbrauch werden, vor allem in finanzieller Hinsicht“.

Diese Unterschiede wirkten sich stark auf die Gesellschaftspolitik aus. Die alte Bevölkerung sei keine einheitliche Gruppe, für die eine einheitliche Politik formuliert werden könne. Es sei wichtig, die älteren Menschen „nicht unter einem Begriff zusammenzufassen, sondern anzuerkennen, dass sie genauso unterschiedlich sind wie andere Altersgruppen.“ Jede Gruppe älterer Menschen habe eigene Bedürfnisse und Interessen. Für sie müssten spezifische Programme und Interventionsmodelle entwickelt werden.

Ziele des Weltaltentplanes

Ein internationaler Aktionsplan, der globale Ziele für den Umgang mit den Herausforderungen der demografischen Wandlungsprozesse formulierte, wurde von den Vereinten Nationen erstmals 1982 verabschiedet. 20 Jahre später hat die „Zweite Weltversammlung zu Fragen des [Alterns](#)“ (Madrid, 2002) einen völlig überarbeiteten Weltaltentplan (International Plan on Ageing) erarbeitet, der darauf abzielt, „ältere Menschen und ihre Interessen in alle Entwicklungsfragen einzubringen, ihre Gesundheit und ihr Wohlergehen zu fördern und ein unterstützendes Lebensumfeld zu schaffen“. Im Weltaltentplan wird dazu aufgerufen, „Einstellungen, Politiken und Praktiken“ so zu verändern, dass sichergestellt wird, „dass ältere Menschen nicht als Nutznießer von Fürsorgeleistungen, sondern als Akteure eines Entwicklungsprozesses gesehen werden, deren Rechte respektiert werden müssen“.

Das Altern der Bevölkerung sei eine Herausforderung für Regierungen und Gesellschaften, aber es dürfe „nicht als Krise interpretiert“ werden. Es könne durchaus gelingen, „diese Herausforderungen in Chancen umzuwandeln“.

Zehn Prioritäten

Der Bericht „Altern im 21. Jahrhundert“, der auch der Überprüfung des Weltaltentplans dient, soll Argumente dafür liefern, dass Regierungen und Verwaltungsbehörden, internationale Organisationen, Gemeinschaften und Zivilgesellschaft sich in konzertierter

Aktion bemühen, „die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts für die demographischen Realitäten des 21. Jahrhunderts fit zu machen“. Damit das tatsächlich gelingt, sollen in der Tätigkeit aller Akteure folgende Aufgaben besonders in den Vordergrund rücken:

- Die „Unvermeidbarkeit des Alterungsprozesses“ müsse anerkannt werden, und alle Akteure sollten sich darauf einstellen. Notwendig dafür seien eine „Verbesserung des Problembewusstseins, die Stärkung nationaler und lokaler Handlungsfähigkeit“ sowie politische, wirtschaftliche und soziale Reformen.
- Für alle älteren Menschen müsse ein Leben in Würde und Sicherheit erreicht werden. Der „Zugang zur Basisgesundheitsversorgung, zu sozialen Dienstleistungen und einem Mindesteinkommen“ solle durch „soziale Rettungsböden“ (social protection floors) und andere soziale Investitionen gesichert werden. Nur so könne die Autonomie und Unabhängigkeit älterer Menschen erweitert, Armut im Alter verhindert und zum Altern in Gesundheit beigetragen werden. Die Politik müsse hier auf einer Langzeitvision aufbauen und durch einen „starken politischen Willen mit ausreichenden Budgets abgesichert sein“, um die Auswirkungen von Krisen und politischen Veränderungen zu minimieren. Heute existieren weltweit nur in einem Drittel aller Staaten umfassende soziale Sicherungssysteme.
- Alle diejenigen, die in der Langzeitpflege Älterer tätig sind, vor allem Familienangehörige und ehrenamtliche Helfer, müssten mehr unterstützt werden. Auf lokaler Ebene soll ein aktives und gesundes Altern gefördert werden.
- Gesunde Lebensstile, Bildung und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie soziale Sicherungssysteme müssten auch bei der jungen Generation gefördert werden, denn so werde das Leben zukünftiger älterer Generationen positiv beeinflusst. Auch die flexiblen Beschäftigungsmöglichkeiten und ein lebenslanges Lernen sollten gefördert werden, um die Integration gegenwärtiger Generationen von Älteren in das Arbeitsleben zu verbessern.
- Der Bericht regt eine Intensivierung der internationalen und nationalen vergleichenden Forschung zu Altersfragen an, denn nur so sei „eine geschlechts- und kultursensitive Datenbasis für die Politikformulierung zu erlangen“.
- Aspekte des Alterns sollten in die Genderpolitik eingebracht werden, wie auch Genderaspekte in die Alterspolitik, um den besonderen Bedürfnissen älterer Frauen und Männer besser Rechnung zu tragen.
- Die Folgen des Alterungsprozesses und die Bedürfnisse älterer Menschen sollten in alle nationalen Entwicklungspolitiken und -programme einbezogen werden.
- Ebenso sollten die Folgen des Alterungsprozesses und die Bedürfnisse älterer Menschen in der humanitären Hilfe, in der Politik zum Klimawandel, beim Katastrophenmanagement und bei der Katastrophenprävention stärker Berücksichtigung finden.

- Der Alterungsprozess müsse „durch eigene Ziele und Indikatoren angemessen bei der Festlegung des Kurses nach 2015 berücksichtigt werden.
- Entwickelt werden solle „eine rechthebasierte Kultur des Alterns“. Dies müsse verbunden sein mit einer neuen Haltung gegenüber dem Altern und älteren Menschen, „damit diese nicht mehr als Empfänger von Fürsorgeleistungen, sondern als aktive Mitglieder der Gesellschaft wahrgenommen werden“. Dies verlange auch „die Entwicklung internationaler Menschenrechtsinstrumente und deren Umsetzung in nationale Gesetzgebung, Maßnahmen gegen Diskriminierung sowie die Anerkennung älterer Menschen als autonome Subjekte“.

Der vom United Nations Population Fund (UNFPA, New York) und vom entwicklungspolitischen Netzwerk HelpAge International (London) herausgegebene Bericht „Ageing in the Twenty-First Century: A Celebration and A Challenge“ („Altern im 21. Jahrhundert: Erfolg und Herausforderung“, 192 S., engl.) sowie eine deutschsprachige Zusammenfassung dazu finden sich [hier](#).

AAL: Wachstumsmarkt mit Scheuklappen

In der alternden Gesellschaft ist „Ambient Assisted Living“ (AAL) ein Wachstumsmarkt. Doch der Mangel an bereichsübergreifendem Denken und der fehlende Blick über den Tellerrand bremsen Innovationen bereits jetzt aus. Das ist das zentrale Ergebnis einer Studie des Instituts für Arbeitswissenschaft (IAW) der Ruhr-Universität Bochum. Die Arbeitswissenschaftler haben den Weiterbildungsbedarf der Branche erhoben und festgestellt, dass sich das Interesse primär auf den eigenen Bereich bezieht. Sprich: Der Mediziner wünscht sich Weiterbildung im medizinischen Bereich, das Pflegepersonal in pflegerischen Aspekten, der Ingenieur in der Technik.

Steigender Bedarf an Pflege und Hilfe

Wer will nicht bis ins hohe Alter selbstbestimmt leben? Neue Techniken können helfen, damit das gelingt. Ambient Assisted Living reagiert auf den steigenden Anteil älterer Menschen in der Gesellschaft und den damit verbundenem Bedarf an Pflege und Hilfe, vor allem im eigenen Heim. Bei AAL handelt es sich um Produkte und Dienstleistungen, die die Lebensqualität der Menschen in allen Lebensabschnitten, vor allem im Alter, erhöhen. Das sind beispielsweise Kommunikations- und Notrufsysteme, Techniken zur Mobilisierung von Personen, Systeme für alltägliche Sicherheit (automatische Herdabschaltung, Brandmelder) oder Techniken zur Unterstützung bei schweren körperlichen Tätigkeiten (z. B. heben, umlagern).

Breite Einsatzfelder für AAL

An der Online-Befragung des Instituts für Arbeitswissenschaft haben 356 Personen mit unterschiedlichen Berufen im AAL-Bereich teilgenommen. Für sie ist und bleibt AAL ein Wachstumsmarkt. Die Einschätzungen der Teilnehmer zeigen, in wie vielen AAL-spezifischen Wirtschaftsfeldern ihre Unternehmen heute sowie in Zukunft aktiv sind und sein werden. Aktuell agieren Unternehmen durchschnittlich in etwa drei AAL-Feldern, innerhalb der nächsten drei Jahre werden sich nach Einschätzung der

Befragten die Einsatzfelder um durchschnittlich 27 % steigern. Die mit Abstand meistgenannten Felder sind Beratung, Forschung und Entwicklung, Pflege und Medizintechnik. Die häufig in anderen Veröffentlichungen genannte Wohnungswirtschaft nimmt nur einen unteren Mittelplatz ein. Der höchste prozentuale Zuwachs wird in Technologien erwartet, die das alltägliche Leben erleichtern (selbstgesteuerte Haushaltsgeräte, Consumer Electronic, Robotik).

Mehr Interdisziplinarität wäre wünschenswert

Der AAL-Markt zeichnet sich durch einige zentrale Merkmale aus: Es gibt nur wenige vorhandene, aktuell am Markt positionierte Produkte und Dienstleistungen sowie Unsicherheit im Hinblick auf die künftige Akzeptanz der technischen Entwicklung. „Diese Kennzeichen sind auch in anderen hochinnovativen Märkten in frühen Phasen zu finden“, sagt Prof. Thomas Herrmann, Leiter des Projekts ProWAAL (Pro Weiterbildung AAL) am IAW der Ruhr-Universität Bochum. Gerade in dieser Situation sei eine umfassende Weiterbildung eine Stellschraube für die Zukunft. „Wir sehen jedoch, dass die von uns ermittelten Zielgruppen sich eher in „ihrem“ Bereich weiterqualifizieren wollen. So interessieren sich Personen aus der Pflege mit beruflicher Ausbildung am stärksten für das Thema Gesundheit und Alter, während Hochschulabsolventen aus dem MINT-Bereich sich deutlich mehr für Technologien und Funktionsweisen interessieren“, so Dr. Martin Kröll, der zusammen mit Ingolf Rascher und Leif Klemm die Studie durchgeführt hat. Sein Fazit lautet: „Der Schuster bleibt tatsächlich bei seinen Leisten, aber das ist in diesem Fall gar nicht gut.“

Gleichzeitig hat die Untersuchung ergeben, dass diejenigen, die eine Projektkarriere inne haben, im Vergleich zu denjenigen, die eine Fach- oder Führungskarriere verfolgen, am nächsten am AAL-Geschehen sind. Sie glauben, dass ihr Aufgabenbereich durch den Einsatz von neuen AAL-Techniken interessanter wird. „Das scheint ein guter Ansatzpunkt zu sein, um die "Scheuklappen" abzulegen“, so Herrmann.

Weitere Informationen zur Studie des IAW: Dr. Martin Kröll, Institut für Arbeitswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Tel. 0234/32-23293, martin.kroell@rub.de; weitere Informationen zum Thema AAL generell: <http://www.aal-deutschland.de/>, <http://aal.fraunhofer.de/index.html>. Als Vorreiter für Praxisbeispiele aus der Sozialwirtschaft gilt das Sozialwerk St. Georg, Gelsenkirchen: <https://www.sozialwerk-st-georg.de/?id=41>

Altersarmut macht auch die Regionen arm

Viele Regionen mit hohen Anteilen alter Menschen profitieren seit Jahren von deren Renteneinkünften: Mit ihren Altersbezügen kurbeln die Senioren den Konsum an, die Sparquote steigt, der Arbeitsmarkt für Unterstützungs- und Pflegedienstleistungen floriert. Die Transfers aus der gesetzlichen Rentenversicherung leisten damit einen wichtigen Beitrag zur regionalen Stabilisierung. Diese gerät aber in Gefahr, wenn strukturschwache Regionen wie das Ruhrgebiet oder Gebiete in Ostdeutschland durch die allgemeine Absenkung des Rentenniveaus weiter geschwächt werden. Davor warnt der Regionalforscher Dr. Stefan Gärtner vom Forschungsschwerpunkt Raumkapital des Instituts Arbeit und Technik (IAT), Gelsenkirchen.

Er weist darauf hin, dass diese Aspekte in den nach der Veröffentlichung des letzten Armutsberichts stattfindenden Debatten keine Berücksichtigung finden. Das Finanzvolumen, das zwischen den deutschen Regionen umverteilt wird, ist bei der Gesetzlichen Rentenversicherung dreimal so hoch wie beim Länderfinanzausgleich. Zu erwarten ist, dass diese Transfers zukünftig abnehmen, da es neben der allgemeinen Absenkung der Rentenbezüge auch individuelle Einbußen gibt, die gerade in Ostdeutschland durch die nicht durchgängigen Erwerbsbiographien seit der Wende erheblich sein können.

Gefahr von Krisenkreisläufen

Hinzu komme, dass in strukturschwachen Regionen mit unterdurchschnittlichen Einkommen die Möglichkeiten der privaten Vorsorge, die das Absenken der staatlichen Versicherung kompensieren sollen, ebenfalls unterdurchschnittlich seien. Die privaten Zuschüsse wirkten eher als Transfers in die gutsituierten Räume. „Wenn Regionen durch das Ableben der mit relativ hohen Rentenbezügen ausgestatteten Personengruppe zusätzlich in ihrer Kaufkraft geschwächt werden, ist die Gefahr von Krisenkreisläufen hoch“, fürchtet der IAT-Wissenschaftler. Gleichzeitig werde sich der Pflegebedarf in diesen Regionen stark erhöhen.

Pflegeleistungen hätten zwar einen hohen Stellenwert für den lokalen Arbeitsmarkt – gerade in strukturschwachen Regionen, weil dort i. d. R. mehr ältere Wohnbevölkerung anzutreffen sei und diese Regionen über eine niedrige Gesamtbeschäftigung verfügen. Die Pflegeversicherung biete allerdings keine Vollversicherung und gehe dadurch zu Lasten der Ersparnisse. Wenn diese nicht vorhanden sind und die nächsten Verwandten auch nicht in die finanzielle Verpflichtung genommen werden können, geht dies zu Lasten der kommunalen Haushalte.

Ansprechpartner für weitere Fragen: Stefan Gärtner, Tel. 0209.1707 164, E-Mail: gaertner@iat.eu

Arbeitsmarkt

Drohender Arbeitskräftemangel kann vermieden werden

Zum Thema Arbeitskräftemangel wurde in den letzten Monaten und Jahren eine Reihe von Studien veröffentlicht. Ein gemeinsames Ergebnis vieler Studien ist, dass der künftig drohende gesamtwirtschaftliche Arbeitskräftemangel zu einer Wachstumsbremse der deutschen Wirtschaft werden kann und folglich den Wohlstand der gesamten Bevölkerung gefährdet. Wie trotz einer zunächst alternden und dann schrumpfenden Bevölkerung bis zum Jahr 2030 die Sicherung des Arbeitsangebots gelingen kann und welche Maßnahmen es dazu bedarf, zeigen Experten der Kommission „Zukunft der Arbeitswelt“ der Robert Bosch Stiftung in ihrer kürzlich vorgelegten Studie „Die Zukunft der Arbeitswelt – Auf dem Weg ins Jahr 2030“ auf. In die Analyse sind neben dem demographischen Wandel auch Trends wie die Globalisierung und Feminisierung der Gesellschaft, der Übergang zu einer Innovations- und Wissensgesellschaft und der gesellschaftliche Wertewandel in die Studie mit eingeflossen.

Grundsätzlich kann die Sicherung eines quantitativ und qualitativ ausreichenden Arbeitskräfteangebots durch

- die Zunahme der Anzahl der Erwerbspersonen bzw. der Erwerbstätigen,
- die Erhöhung der Arbeitszeit pro Erwerbstätigen sowie
- die Steigerung der Produktivität der Erwerbstätigen

erreicht werden. Ausgehend von diesen Grundüberlegungen haben die Autoren der Studie umfangreiche Szenario-Rechnungen mit verschiedenen Reformoptionen (z. B. Lebensarbeitszeit verlängern, Jahresarbeitszeit pro Erwerbstätigen erhöhen, Innovationsproduktivität erhöhen) entwickelt.

Steigerung der Erwerbsquote und Erhöhung der durchschnittlichen jährlichen Arbeitszeit

Die Ergebnisse der Szenarien zeigen, dass nur durch konzentrierte Reformanstrengungen eine annähernde Stabilisierung der Zahl der Erwerbspersonen bis zum Jahr 2030 möglich ist. Bei ausbleibenden Reformen ist hingegen mit einer Absenkung des Arbeitskräftepotentials um rund 12 Prozent zu rechnen. Demgegenüber kann das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen durch Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitszeit pro Kopf in Kombination mit einer Senkung der Erwerbslosenquote bis zum Jahr 2030 stabilisiert werden. Wenn zusätzliche Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung mit Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitszeit kombiniert werden, könnte das Arbeitsvolumen trotz schrumpfender Bevölkerung sogar substantiell erhöht werden.

Ein Bündel von Maßnahmen ist erforderlich

Dabei scheint der Arbeitszeiteffekt pro Kopf für die Vermeidung des Arbeitskräftemangels quantitativ bedeutsamer zu sein als der Effekt der Erwerbsbeteiligung. Dies bedeutet, dass nicht nur die Anzahl der Erwerbstätigen in den Fokus von Reformen gerückt werden darf. Als noch effektiver erweist sich bei den durchgeführten Berechnungen eine Erhöhung der Arbeitszeit von Teilzeitkräften (z. B. von Frauen). Hierzu sind nach Ansicht der Experten insbesondere der qualitative und quantitative Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für Kleinkinder sowie der frühkindlichen Förderinfrastruktur und eine Erhöhung des Angebots an

Ganztagsschulen unabdingbar. Darüber hinaus empfiehlt die Kommission u. a. eine gezielte Förderung von Menschen mit geringer Qualifikation und die Produktivität des Einzelnen durch lebenslanges Lernen zu erhöhen.

Soziale Sicherungssysteme an demographische Entwicklung anpassen

Angesichts der steigenden Lebenserwartung mahnen die Fachleute zudem Reformen in den sozialen Sicherungssystemen an. Schließlich müssen diese auch künftig noch in der Lage sein, einen stabilen Rahmen in Form von konstanten Beitragssätzen sowie einer fairen Lastenverteilung gewährleisten zu können und dies während, aber auch noch nach der Erwerbsphase der Beschäftigten. Bereits in den vergangenen 40 Jahren sind die Beitragssätze der Sicherungssysteme von insgesamt 26,5 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Einkommen auf heute über 40 Prozent angestiegen, womit Deutschland weltweit einen Spitzenplatz einnimmt.

Die Autoren der Studie raten unter anderem dazu, in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung eine solidarische Bürgerprämie einzuführen und die Lebensarbeitszeit zu verlängern. Zudem sollten Reformen in der gesetzlichen Krankenversicherung u. a. auf die Intensivierung des Wettbewerbs auf der Anbieterseite von Gesundheitsleistungen wie z. B. selektive Verträge zwischen Krankenkassen und Krankenhäusern abzielen.

Fazit

Zusammenfassend konstatieren die Verfasser der Studie, dass der demographische Wandel kein unabwendbares Schicksal für den zukünftigen Arbeitsmarkt ist. Vielmehr kann dieser durch ein rasches, konsequentes und konsistentes Handeln der Verantwortungsträger auf Ebene der Politik, der Sozialpartner und der Unternehmen positiv gestaltet werden und damit ein künftiger Mangel an Arbeitskräften in Deutschland verhindert werden.

Die Studie „Die Zukunft der Arbeitswelt – Auf dem Weg ins Jahr 2030“ (142 S; Bericht der Kommission „Zukunft der Arbeitswelt“ der Robert Bosch Stiftung mit Unterstützung des Instituts für Beschäftigung und Employability IBE) steht [hier zum Download](#) bereit.

Altersgerechte Arbeitsgestaltung

Seinen zweiten Fortschrittsreport zum Thema „Altersgerechte Arbeitswelt“ hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) vor kurzem vorgelegt. Während der erste Report 2010 sich vor allem mit der Entwicklung der Beschäftigung älterer Menschen und mit der Anhebung der Regelarbeitsgrenze auf 67 Jahre beschäftigt hatte, stellt der neue Bericht die Themen „Arbeitsplatzgestaltung“ und „Arbeitsorganisation“ in den Mittelpunkt. Zudem bietet er aktualisierte statistische Daten zur Beschäftigungssituation Älterer.

Der demographische Wandel erfordert von Unternehmen unter anderem, sich stärker als bisher auf alternde Belegschaften einzustellen. Weil auch die Älteren wichtig für die Fachkräftesicherung sind, muss dafür gesorgt werden, dass möglichst viele von

ihnen gesund und motiviert arbeiten können, bis sie die Regelaltersgrenze erreicht haben. Um dies zu erreichen, muss die Arbeitswelt aber noch stärker alters- und altersgerechter gestaltet werden.

Bereits in den letzten zehn Jahren hat sich die Erwerbsbeteiligung der 50- bis 64-jährigen mehr als verdoppelt, stellt der Report fest. Dazu habe vor allem der Ausstieg aus der staatlich geförderten Frühverrentung beigetragen. Zudem habe sich das Bild vom Alter gewandelt. Mehr als früher werde auf Potenziale statt auf Defizite geachtet. Dennoch müssen sich Betriebe stärker als bisher auf die Bedürfnisse älterer Arbeitnehmer/innen einstellen. Das betrifft die Anpassung der Organisation der Arbeit und der Gestaltung der Arbeitsplätze ebenso wie die betriebliche Gesundheitsförderung. Auch müssen Ältere in Maßnahmen der Qualifizierung und Weiterbildung eingebunden bleiben.

Vorteilhaft: Ganzheitliches Konzept für alle Altersgruppen

Eine im Wortsinne „alters- und altersgerechte Arbeitsgestaltung“ sollte sich auf ein ganzheitliches Konzept zur Personalführung stützen, das an den Lebensphasen der Beschäftigten insgesamt ausgerichtet ist. So gehören etwa zur altersgerechten Arbeitsgestaltung nicht nur ergonomische Hilfestellungen bei altersbedingten Einschränkungen oder Arbeitszeitmodelle für Ältere, sondern ebenso der Schutz von Jugendlichen bei Schicht- und Nachtarbeit. Eine altersgerechte Arbeitsorganisation berücksichtigt z. B. bei Weiterbildung, Laufbahngestaltung und Gesundheitsschutz den Alterungsprozess aller Mitarbeiter/innen. Er sollte präventiv aufgestellt sein und festgestellte Fehlentwicklungen korrigieren. „Idealerweise ergänzen sich in altersgemischten Teams Dynamik, Neugierde und frisches Wissen der Jüngeren mit der Präzision und dem Erfahrungswissen der Älteren“, so der Report.

Bisherige Aktivitäten der Unternehmen

Bei der letzten Befragung von 16.000 Betrieben nach speziellen Maßnahmen für ältere Arbeitnehmer/innen durch das IAB-Betriebspanel für das Jahr 2011 haben insgesamt nur 19 Prozent der Betriebe mit älteren Beschäftigten angegeben, dass sie spezielle Maßnahmen für Ältere anbieten. Bei den Betrieben mit Belegschaften von mehr als 100 Mitarbeiter/innen bieten jedoch bereits mehr als 70 Prozent solche Maßnahmen an. Damit arbeiten bisher erst insgesamt 55 Prozent aller älteren Beschäftigten in Betrieben, die sich bereits auf sie eingestellt haben.

Entwicklung der Arbeitsbedingungen

Der 2. Fortschrittsreport zeigt anhand von Daten zur Arbeitsbelastung und zur Arbeitszeitgestaltung auf, wie sich die Arbeitsbedingungen in den letzten Jahren entwickelt haben und wie sie von Beschäftigten verschiedener Altersgruppen wahrgenommen werden. Zudem zitiert er Ergebnisse verschiedener Studien, die sich mit dem Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit im Alter befassen. Ein gemeinsames Ergebnis mehrerer Untersuchungen ist: „Ältere sollten am Arbeitsplatz mehr Autonomie erhalten.“ Zudem könne sich der Alterungsprozess positiv auf die Arbeitsleistung auswirken, weil Ältere eine höhere intrinsische Motivation hätten und besser mit Stress umgehen könnten.

Eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit für ältere Arbeitnehmer sei nicht erforderlich, da sich Ältere hinsichtlich Gesundheit und Arbeitsfähigkeit stark unterscheiden. Als nachteilig für die Verweildauer im Berufsleben könne sich allerdings ein dauerhaftes Arbeiten im Schichtdienst erweisen. Empfehlenswert seien individuell angepasste Arbeitszeitmodelle. In belastenden Berufen seien zudem Berufs- und Tätigkeitswechsel ein gutes Mittel, um die Beschäftigungsfähigkeit bis zur Regelarbeitsgrenze zu erhalten.

Gute Beispiele aus der Praxis

Im letzten Teil des Fortschrittsreports werden Beispiele guter Praxis zu altersgerechten Führungskompetenzen, zur Arbeitsorganisation, zu altersgerechten Schichtmodellen sowie zu lebenslauforientierten Arbeitszeitmodellen dargestellt. Aus dem Bereich „Altersgerechte Schichtsysteme“ wird im Folgenden das Beispiel eines Krankenhauses zitiert:

Best Practise: Krankenhaus St. Joseph-Stift Bremen GmbH

„Das St. Joseph-Stift ist ein katholisches Krankenhaus in Bremen mit 458 Betten, in dem rund 790 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig sind. Die etwa 500 Pflegekräfte versorgen jährlich etwa 50.000 Patientinnen und Patienten, davon rund 20.000 stationär. 2012 wurde das Krankenhaus vom 'Great Place To Work'-Institut als bester Arbeitgeber im Gesundheitswesen ausgezeichnet.

Das Beispiel des Krankenhauses St. Joseph-Stift Bremen GmbH zeigt, dass auch im Pflegebereich eine weniger belastende und damit altersgerechte Gestaltung der Schichtarbeit möglich ist. Die Krankenhaus- und Pflegedienstleitung wurde durch einen Vortrag der Bremer Demographieberaterin Ulla Laacks und durch eine Altersstrukturanalyse für die Probleme der Schichtarbeit sensibilisiert. Vor mehr als einem Jahr sei allen klar geworden, so der Pflegedienstleiter Hubertus Rolfes, 'dass es so auf Dauer nicht weiter gehen kann. Die Mitarbeiter werden immer älter. Sie haben einen Dreischichtendienst, in den Funktionsbereichen auch Bereitschaftsdienste. Die Belastung wird vor allem im Alter immer größer.'

Daraufhin wurde mit der Umgestaltung der Schichtdienstpläne für das Pflegepersonal begonnen. Der erste Schritt waren versetzte Dienste: Die Frühschicht beginnt nun später und die Nachtschicht dauert etwas länger. Die Pausen wurden von einer halben auf eine Stunde verlängert, wobei die volle Stunde nicht am Stück genommen werden muss. Dadurch verschiebt sich die Arbeitszeit nach hinten. Das ist für den Biorhythmus von Vorteil, erfordert aber eine Koordination mit den Arbeitsabläufen der anderen Funktionsbereiche: 'Es ist jetzt eben so, dass die Ärzte zuerst auf die Station gehen und ihre Visiten machen und die Behandlung einzelner Patienten erst im Anschluss erfolgt.'

Des Weiteren wurde auch der Zyklus aufeinander folgender Nachtschichten verändert: 'Früher hatten wir immer fünf Nachtwachen nacheinander, die wurden nun auf maximal drei zurückgeschraubt.' Teilweise wurden auch die Schichtzeiten angepasst, etwa in der zentralen Notaufnahme. Die tägliche Arbeitszeit wurde von 7,7 Stunden auf 7 Stunden verringert. Dafür gibt es nun einen abteilungsübergreifenden Zwischendienst zwischen Früh- und Spätdienst, beispielsweise in der zentralen Notaufnahme. Eine Evaluation steht noch bevor. Die bisherigen Rückmeldungen sind meist positiv."

Fazit

Die Wahrnehmung der Arbeitgeber für die Notwendigkeit, ältere Arbeitnehmer/innen im Arbeitsprozess zu halten, und für die Chancen, die sich hieraus ergeben, ist in den letzten Jahren gewachsen – insbesondere mit Blick auf die zunehmende Verknappung von Fachkräften insgesamt. „Derzeit gibt es allerdings noch ein Missverhältnis zwischen gewachsener Sensibilität und unternehmerischem Handeln. Studien zum Umgang von Unternehmen zeigen, dass bislang noch zu wenige in der Sicherung der Fachkräftebasis eine primär unternehmerische Herausforderung sehen.“

Der Fortschrittsreport „Altersgerechte Arbeitswelt „ des BMAS, Ausgabe 2: Altersgerechte Arbeitsgestaltung steht [hier](#) zum Download zur Verfügung.

Europa

Arbeitsteilung in Deutschland und Europa

Die Zahl der erwerbstätigen Frauen in Deutschland nimmt zu. Auch die Zahl jener, die in die Führungspositionen großer Unternehmen drängen. Die Europäische Union treibt die Gleichberechtigung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt mit verschiedenen Strategien voran. Doch wie viel hat sich wirklich getan? Die Situation von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland wird in einer Publikation des Statistischen Bundesamtes veranschaulicht und mit der Lage im europäischen Ausland verglichen.

Zunehmende Erwerbstätigkeit bei Frauen

Frauen sind in Deutschland in allen Altersgruppen seltener erwerbstätig als Männer. Ihre Erwerbsneigung nimmt jedoch beständig zu: Während im Jahr 2001 noch 62 Prozent der Frauen zwischen 20 und 64 Jahren einer Arbeit nachgegangen sind, waren es 2011 schon 71 Prozent, die fünfthöchste Quote im EU-Vergleich. Die Quote der Männer stieg in demselben Zeitraum von 76 Prozent auf 81 Prozent an. Insgesamt wurde eine Erwerbstätigenquote von 76 Prozent erreicht. Diese lag im EU-Durchschnitt bei 69 Prozent; nur drei Länder haben höhere Quoten erzielt als Deutschland.

Hohe Qualifikation deutscher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Der Anteil der Frauen zwischen 20 und 24 Jahren in Bildung bzw. Ausbildung war sowohl im Jahr 2003 mit 43 Prozent als auch in 2011 mit 50 Prozent höher als die entsprechenden Quoten der Männer (42 Prozent bzw. 48 Prozent). Dass sich im gesamt-europäischen Durchschnitt nur 46 Prozent der Frauen und 40 Prozent der Männer in der genannten Altersgruppe in 2011 noch in Bildung bzw. Ausbildung befanden, rührt daher, dass die Ausbildungszeit in Deutschland länger dauert als in den meisten anderen EU-Staaten. Zudem besuchen hierzulande Auszubildende die Schule und sind gleichzeitig bereits in einem Betrieb erwerbstätig.

Insgesamt hatten im Jahr 2011 26 Prozent der Frauen und 29 Prozent der Männer von 15 bis 64 Jahren einen Hochschul- oder vergleichbaren Bildungsabschluss. Betrachtet man jedoch ausschließlich jüngere Jahrgänge, etwa die Altersgruppe 30 bis 34 Jahre, so zeigt sich, dass vor allem die Frauen aufgeholt haben: 39 Prozent der Frauen, aber nur 31 Prozent der Männer in diesem Alter hatten in 2011 einen hohen Bildungsabschluss. Die Qualifikation der Erwerbspersonen in Deutschland im europäischen Vergleich ist gespalten. Im EU-Durchschnitt liegt der Anteil der Frauen mit hohem Bildungsabschluss zwischen 15 und 64 Jahren bei 32 Prozent und damit wesentlich höher als in Deutschland. Der Anteil der höher gebildeten Männer liegt bei 26 Prozent, was wiederum bedeutet, dass Deutschlands Männer über dem europaweiten Durchschnitt liegen. Die Ausbildung der Erwerbspersonen ist EU-weit am höchsten in Irland mit 47 Prozent bei den Frauen und 35 Prozent bei den Männern sowie in Zypern mit 46 und 35 Prozent.

Diskussion der Frauenquote

Dass die Frauenquote derzeit kontrovers und auf allen Ebenen diskutiert wird, hat seine Gründe. Der durchschnittliche Anteil der weiblichen Führungskräfte ist von 2001 bis 2010 nur um 3 Prozentpunkte, von 27 auf 30 Prozent angestiegen. Mehr als zwei Drittel der Führungspositionen waren 2010 fest in Männerhand. Den höchsten Anteil erreichten Frauen im Bereich „Erziehung und Unterricht“ mit 49 Prozent, also immer noch in weniger als der Hälfte aller Fälle. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland damit im unteren Drittel. 34 Prozent der Frauen befinden sich europaweit durchschnittlich in Führungspositionen; Lettland und Litauen mit jeweils 41 Prozent führen die EU-Staaten an. Zypern und Dänemark bilden mit 13 Prozent und 23 Prozent das Schlusslicht ab, was in Anbetracht der hohen Qualifikation in diesen Ländern bemerkenswert ist.

Im europäischen Durchschnitt gingen in 2011 46 Prozent der erwerbstätigen Frauen zwischen 15 und 74 Jahren einer Teilzeitbeschäftigung nach, nur 10 Prozent der Männer. Diese Zahl ist in den letzten Jahren angestiegen. Nur in den Niederlanden arbeiteten noch mehr Frauen in Teilzeit (76 Prozent). Der EU-Durchschnitt lag bei 32 Prozent. Der Anteil derjenigen, die in Deutschland unfreiwillig einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, liegt in Deutschland unter dem EU-weiten Durchschnitt von 21 Prozent, nämlich bei 17 Prozent. An der Spitze stehen hier Griechenland und Lettland mit 58 Prozent und 57 Prozent.

Als Hauptgrund für ihre Teilzeittätigkeit nannten 2011 55 Prozent der Frauen die Betreuung von Kindern beziehungsweise Pflegebedürftigen bzw. andere familiäre oder persönliche Verpflichtungen. Seit 2001 ist diese Quote um gut 11 Prozentpunkte gefallen. Im EU-Durchschnitt gaben 46 Prozent der Frauen die Familie als Grund für ihre Teilzeitbeschäftigung an. Länder, in denen Frauen seltener angaben, freiwillig verkürzt zu arbeiten, wiesen oftmals insgesamt niedrige Beschäftigungsquoten auf, dazu gehören u.a. Polen, Rumänien und Ungarn (14 bis 15 Prozent).

Zunehmende Erwerbstätigkeit bei Älteren

Ein kurzer Blick sei hier noch auf das letzte Kapitel der Veröffentlichung gerichtet: „Übergang in den Ruhestand“. Herausragend ist die Entwicklung der Erwerbstätigen in der Altersgruppe 55 bis 64 Jahren: Während im Jahr 2001 noch 29 Prozent der Frauen und 46 Prozent der Männer erwerbstätig waren, lagen die Zahlen 2011 schon bei 53 Prozent und 67 Prozent. Als Grund hierfür wird neben der demographischen Entwicklung auch ein höheres Bildungsniveau genannt. Diese Quoten liegen EU-weit bei 40 bzw. 55 Prozent. Nur die Frauen in Schweden, Estland, Finnland und Dänemark liegen hier vor Deutschland.

Weitere Informationen und ein Glossar zu den wichtigsten Merkmalen können Sie über das [Statistische Bundesamt](#) abrufen.

Europäische Fonds für soziales Unternehmertum

Das europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union haben Mitte März die Verordnung über Europäische Fonds für soziales Unternehmertum angenommen. Diese Verordnung ist Teil der Initiative für soziales Unternehmertum der Europäischen Kommission, die mit der Kommissionsmitteilung "Initiative für soziales Unternehmertum - Schaffung eines Ökosystems zur Förderung der Sozialunternehmen als Schlüsselakteure der Sozialwirtschaft und der sozialen Innovation" Ende 2011 vorgestellt wurde.

Wachsender Markt für Sozialinvestitionen in der Europäischen Union

Hintergrund der Verordnung ist der in der Europäischen Union wachsende Markt für Sozialinvestitionen, da sich Anleger zunehmend auch für soziale Ziele interessieren. Dazu gehören Investmentfonds für Sozialunternehmer, die durch innovative Lösungen für soziale Probleme den sozialen Wandel vorantreiben. Kernelement der nun angenommenen Verordnung ist die Einführung der Bezeichnung "EuSEF" (European Social Entrepreneurship Funds), wodurch es Kapitalanlegern erleichtert wird, Sozialinvestitionsfonds als solche zu erkennen und durch die das Vertrauen in den Markt der Sozialunternehmer gestärkt wird. Vor diesem Hintergrund ist es erforderlich, gemeinsame Rahmenbedingungen für die Verwendung der Bezeichnung "EuSEF" zu schaffen, beispielsweise durch EU-weit einheitliche Vorschriften zur Zusammensetzung des Portfolios von solchen Fonds, geeigneten Anlageobjekten oder zulässigen Anlageinstrumenten.

Dadurch soll verhindert werden, dass divergierende einzelstaatliche Regelungen negative Auswirkungen auf die Funktionsweise des Binnenmarkts haben. So könnten abweichende Qualitätsanforderungen zu einem unterschiedlichen Grad an Anlegerschutz und zu Unklarheiten hinsichtlich der Möglichkeiten für Investitionen führen. Die Anleger sollten auch das Angebot verschiedener Fonds vergleichen können.

Zudem ist erforderlich, Hindernisse für eine grenzüberschreitende Mittelbeschaffung dieser Fonds zu beseitigen, Wettbewerbsverzerrungen zwischen ihnen zu vermeiden und der künftigen Entstehung weiterer Handelshemmnisse und Wettbewerbsverzerrungen vorzubeugen.

Maßnahmen zur Zielerreichung von „EuSEF“

Um diese Ziele zu erreichen, werden in der Verordnung einheitliche Anforderungen an und Bedingungen für die Verwalter von Investmentfonds festgelegt, die für den Vertrieb von qualifizierten Fonds für soziales Unternehmertum in der Union die Bezeichnung "EuSEF" verwenden wollen. Die Verordnung enthält weiterhin einheitliche Regeln

- für den Vertrieb von qualifizierten Fonds für soziales Unternehmertum an in Frage kommende Anleger in der Union,
- für die Zusammensetzung des Portfolios von qualifizierten Fonds für soziales Unternehmertum,
- für die von den qualifizierten Fonds für soziales Unternehmertum zu verwendenden geeigneten Anlageinstrumente und Anlagetechniken,
- für Organisation, Verhaltensweise und Transparenz der Verwalter eines qualifizierten Fonds für soziales Unternehmertum, die qualifizierte Fonds für soziales Unternehmertum in der Union vertreiben.

Die Verordnung muss noch von den Präsidenten des Europäischen Parlaments und des Rates unterzeichnet werden und wird dann nach der Veröffentlichung im Amtsblatt der Europäischen Union in Kraft treten. Der Verordnungstext kann [hier](#) abgerufen werden.

Kommunikation

Was macht Facebook für Jugendliche so spannend?

Was genau macht Facebook für Jugendliche so spannend?" Diese von Eltern oft gestellte Frage beleuchten Nathalie Bürdel und Lukas Loosli, Verantwortliche für den Bereich „Neue Medien“ bei der *Regionalen Offenen Jugendarbeit Täuffelen – Ins – Erlach, Schweiz*, in einem Erfahrungsbericht im Internetblog des Schweizer Dachverbandes für Offene Jugendarbeit (<http://medienblog.doj.ch/was-macht-facebook-fur-jugendliche-so-spannend/>). Facebook, so ihre Erfahrung, biete Jugendlichen „Vieles, was in der Lebensphase 14 bis 17 Jahre für sie wichtig ist“.

Vernetzt sein

Facebook (bzw. die Internetseiten Sozialer Netzwerke generell) befriedigten in gewisser Weise „eins der tiefsten menschlichen Bedürfnisse: das Bedürfnis, mit anderen Menschen verbunden, vernetzt zu sein“. Neben der Möglichkeit, „alte Bekannte über Facebook wieder zu finden oder mit ehemaligen Schulkolleg/innen in Kontakt zu bleiben“, könne man über verschiedene Facebook-Funktionen mit neuen Freunden in Kontakt treten. Meist werde auf Facebook dort weiterdiskutiert, wo man in der Schule aufgehört habe. Das heiÙe: „Facebook bietet eine Möglichkeit, Geschehnisse aus der realen Welt auf einer virtuellen Basis weiter zu diskutieren.“

Immer auf dem Laufenden sein

Auf Facebook könne man verfolgen, „wer gerne welche Musik hört, wer welche Schuhmarke toll findet und wer wann in welches Konzert geht. Kurz: (...) wer welche Interessen hat und was gerade in ist“. Außerdem könne man erfahren, „wer mit wem eine Beziehung hat oder zwischen wem gerade ein Streit im Gange ist“. Auf Facebook spielten sich also „ganz viele emotionale Dinge“ ab. Dieser Punkt trage allerdings auch „ein gewisses Suchtpotenzial“ in sich.

Integration in die Gruppe der Gleichaltrigen

Über Facebook lasse sich ein ganzer „Freundeskreis“ aufbauen, mit dem man dann „vernetzt“ sei. „Freund“ stehe dabei als „Pauschalbegriff für alle, die ein Facebook Nutzer als solche akzeptiert“. So habe „ein durchschnittlicher Facebook Nutzer“ in der Schweiz ca. 150 „Freunde“. Bei Jugendlichen sei zu beobachten, dass sie „die meisten ihrer Facebook Freunde persönlich kennen“. Die Aufgabe, „Beziehungen zu Gleichaltrigen aufzubauen“, sei „eine zentrale Entwicklungsaufgabe im Jugendalter“. Und dank seines Facebook-Profiles fühle sich ein Jugendlicher „integriert“. Auf Facebook könne er auch eine Gruppe mit mehreren Personen gründen. Auch das gebe ihm ein Gefühl, „dazu zu gehören“.

Die Welt wird kleiner

Durch die „soziale Vernetzung“ werde die Welt scheinbar kleiner. Man habe jetzt „über verschiedene Ecken Kontakt zu ganz verschiedenen Leuten“. Dies könne positiv sein, wenn man etwas verkaufen will oder nach etwas Bestimmtem sucht. Aufrufe oder Nachrichten würden weitergeleitet und landeten auch bei Personen, die man „in der realen Welt“ nie kennengelernt und so auch nicht erreicht hätte.

Selbstdarstellung und Identitätssuche

Für Jugendliche, „die in einer Phase stecken, in der die eigene Identität und die Frage ‘Wer bin ich eigentlich?’ eine sehr wichtige Rolle spielen“, sei Facebook „eine spannende Gelegenheit, sich selbst darzustellen, mit seiner Identität zu experimentieren und das eigene Profil dem täglichen Empfinden anzupassen“. Selbstdarstellung werde oft in einem Atemzug mit Facebook genannt, aber den Drang, sich zu präsentieren, habe es schon vor Facebook gegeben.

Das Internet sei „ein Katalysator, nicht die Ursache für die virtuelle Selbstdarstellung“. Durch die recht einfache Möglichkeit, ein eigenes Profil zu erstellen und es mit Fotos, Videos und anderen Inhalten zu füllen, könne man sich selbst darstellen und im Netz präsentieren. Man bekomme schnell Rückmeldungen zum eigenen Auftreten. „In jedem Fall ist es hier aufgrund einer niedrigeren Hemmschwelle leichter, sich selbst zu präsentieren und dafür ein Feedback zu bekommen als im Offline Leben.“ Eine mögliche Gefahr liege hier aber darin, „dass unangebrachte oder extreme Fotos zu Ablehnung und im schlimmsten Fall zu Cybermobbing führen können“. Jugendliche, die viele Fotos auf Facebook laden, seien öfter von Cybermobbing betroffen als solche, die kaum Fotos auf Facebook stellen.

Anonymität

Auch die Anonymität im Internet sei „ein spannender Faktor“: Der Internetnutzer befinde sich meist in einem vertrauten Umfeld, kommuniziere vorwiegend anonym und habe dadurch einen viel größeren Abstand zum Kommunikationspartner. Man könne sich viel ungezwungener austauschen als im realen Leben. Auch intimere Gespräche entwickelten sich sehr viel schneller.

Gestaltung eigener Räume

Dass sich Jugendliche ihr persönliches Umfeld gestalten wollen, sehe man nicht zuletzt an Kinder- bzw. Jugendzimmern. Auch im öffentlichen Raum bestehe bei ihnen das Bedürfnis, „Plätze oder Orte für sich bzw. die Clique zu entdecken, diese zu nutzen und auch zu gestalten“. Die Internetseiten von Sozialen Netzwerken böten einen Raum, „der von den jeweiligen Akteuren durch das eigene Profil bzw. durch den Zusammenschluss in Freundschaften gestaltet werden kann“. Unter („bedenklich!“) wenig Beachtung durch die Erwachsenen „und somit wenig sozialer Kontrolle“ könnten Jugendliche sich hier ungestört zu den unterschiedlichsten Themen austauschen. Dadurch könnten sie sich auch „von ihren Eltern abgrenzen“. Wie sich „die Möglichkeiten in der virtuellen Welt“ auch entwickelten, Jugendliche würden immer Nischen suchen, um „möglichst ungestört von den älteren Generationen ihre Freundschaften zu pflegen und die großartigen Möglichkeiten der Neuzeit nutzen“.

Trendumkehr?

In den letzten Monaten gab es verschiedene Berichte in den Medien darüber, dass sich Jugendliche aus der Facebook-Nutzung zurückziehen. Als Hauptgrund dafür sehen die Autoren des Blogs, dass immer mehr Erwachsene – auch die Eltern der Jugendlichen – Facebook nutzen.

Materialien

Henning Scherf: Altersreise – Wie wir alt sein wollen

Freiburg im Breisgau: Verlag Herder 2013, 244 S., 19,99 EUR, ISBN 978-3-451-30443-9

Der Autor Dr. jur. Henning Scherf wurde 1938 geboren. Er studierte Rechtswissenschaften und Soziologie und war u. a. als Rechtsanwalt, Senator und Bürgermeister in Bremen tätig. Zusammen mit der Journalistin Uta von Schrenk und dem Fotografen Tristan Vankann hat er bereits einige Bücher zum Thema „Älterwerden“ publiziert und ist so nicht nur einem Fachpublikum, sondern auch der breiten Öffentlichkeit bekannt geworden.

Diesmal schreibt er nicht nur übers Älterwerden. Nein, er katapultiert sich selbst hinein in den Zustand, vor dem die meisten Menschen Angst haben: In der Zeit zwischen 2010 und 2012 begibt er sich in acht Wohngemeinschaften und Pflegeprojekte. Er ist dort nicht nur Besucher oder Gast, er ist dort Mitbewohner. Für ihn ist das alles eine Mischung aus Selbsthilfe, freiwilliger Arbeit, Angehörigenbeteiligung und professioneller Hilfe. Manchmal bleibt er zwei Tage, manchmal zwei Wochen. Seine Reise ist für ihn eine Mutprobe.

Mit Pflegebedürftigkeit in der eigenen Familie konfrontiert, will er es besser machen, sich davor bewahren, irgendwann von irgendwem irgendwohin gebracht zu werden. Das Leben im Alter selbst gestalten, solange dies möglich ist – das ist sein erklärtes (und bei zahlreichen Gelegenheiten öffentlich betontes) Ziel. Er, der gesunde, aktive, redegewandte Rentner, ist zu Beginn seiner Reise unsicher. Doch schon in Borgfeld, der ersten Station seiner Reise, spürt er, wie die Anspannung weicht. Ihm wird klar, dass seine Reise eine Erfahrungsreise in eine andere Welt wird.

Persönliche Erfahrung und erfolgreiches Experiment

Er bezieht sein 20 Quadratmeter großes Zimmer und wird Teil des Lebens in der Wohngemeinschaft. Manche Bewohner erkennen ihn, den ehemaligen Bürgermeister, den Politiker. Sie freuen sich, mit ihm zu reden, Kartoffeln zu schälen, zu singen, zu spielen oder Musik zu hören. Er begegnet in Borgfeld alten Nachbarn und der Künstlerin Beate Lenders, die er als 15-Jähriger verehrte. Mit ihr, die ihr Leben alleine nicht mehr meistern kann, wagt er, entgegen den Ratschlägen ihres Arztes, einen Theaterbesuch. Das „Experiment“ geht gut. Beate Lenders lebt auf und wird in der Wohngemeinschaft dafür bewundert, wenn sie mit Henning Scherf über das Erlebte spricht.

Es muss nicht immer ein Theaterbesuch sein. Einen Menschen in den Arm nehmen, seine Hand halten und mit ihm schweigen, kann genauso glücklich machen wie das eigenständige Essen des Nachtisches. Der Autor erlebt auf seinen Reisen, dass Menschen sich entschuldigen, weil sie alt sind und er lädt ein, darüber nachzudenken, wie es zu dieser Entwicklung kommen konnte. Früher wurden ältere Menschen verehrt; die Lebenserfahrung war wichtiger als die Unzulänglichkeiten des Körpers.

Neue Wege mit älteren Menschen beschreiten

Im Buch begegnet man Menschen, die sich über neue Wohnformen für ältere Menschen Gedanken machen und neue Wege beschreiten. Da sind zum Beispiel die Macher des Netzwerkes SONG „Soziales neu gestalten“ (zu dem auch die Bank für Sozialwirtschaft AG gehört – Anmerk. d. Red.) wie z. B. Ulrich Dobler und Gerhard Schiele von der Stiftung Liebenau oder Alexander Künzel von der Bremer Heimstiftung. Quartierskonzepte werden erlebbar. Es gibt Anregungen für so manche ambulante WG. So z. B. hat Henning Scherf Lust, mit den Männern im Mehrgenerationenhaus „Weinberg-Straße“ eine Werkstatt aufzubauen.

12 Kapitel umfasst das neue Buch. Der Bogen spannt sich vom Glück, alt zu werden, vom Unglück alt zu sein, von der Vergesslichkeit, von Hilfe und Bedürftigkeit, vom Leben in Maßen, vom sozialen Wesen, vom Tätigsein, von den Generationen, vom Sterben, von der Würde bis hin zu Geld und Reformen. Durch die Mischung aus Tagebucheinträgen und „Nachdenkseiten“ ist es ein Buch, das sachlich konstatiert, gleichzeitig berührt. Darin sind Sätze zu finden wie:

„Wir alle wünschen uns eine Struktur um uns herum, in der wir jemand sein können, der mit bedacht wird, für den am Tisch mit gedeckt wird, der einen Namen hat, der nicht verloren geht, und von dem man spricht, wenn er schon gestorben ist.“

Henning Scherf wünscht sich, dass die Leser des Buches neugierig werden auf das eigene Alter, auf das Zusammenleben mit alten Menschen, dass sie es schaffen, sich ihr eigenes Altersleben so einzurichten, wie sie es sich wünschen.

Das, was als Mutprobe für den Autor begann, endet mit einer Ermutigung des Lesers.

Impressum

Verlag/Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG
Wörthstraße 15-17, 50668 Köln
Telefon 0221 / 97356-210
Telefax 0221 / 97356-479

Redaktion:

Stephanie Rüth (v.i.S.d.P.), E-Mail: s.rueth@sozialbank.de
Jens Hayer, E-Mail: j.hayer@sozialbank.de (Arbeitsmarkt)
Nurcan Karapolat, E-Mail: n.karapolat@sozialbank.de (Europa)
Hella Krauß, h.krauss@sozialbank.de (Materialien)
Katja Reuter, E-Mail: k.reuter@eufis.de (Europa)

ISSN: 1869-7631
Erscheinungsweise: monatlich